

Wem gehört die Stadt?

demokratische Gestaltung von Stadtplanung

Diskussion Di. 5. März 2013 20 Uhr Künstlerhaus

Referenten:

Andrej Holm, Sozialwissenschaftler und Buchautor

Siegfried Dengler, Leiter Stadtplanungsamt Nürnberg



Bildnachweis: Stadtarchiv Nürnberg

eine urbane Bewegung

„Recht auf Stadt“ ist eine globale urbane Bewegung, die sich in Deutschland von Hamburg und Freiburg ausgehend verbreitet. „Recht auf Stadt“ wendet sich gegen die neoliberale Durchdringung städtischen Lebensraumes und die Unterordnung der Innenstädte unter das Diktat kommerzieller Interessen. Die Bewegung beruft sich auf die Philosophie des französischen Soziologen Henri Lefebvre. Lefebvre hat in den sechziger Jahren für alle Bevölkerungsgruppen das Recht auf Zugang zu allen kulturellen und sozialen Institutionen gefordert sowie das Recht auf Mitgestaltung ihres Lebensumfeldes. „Recht auf Stadt“ beinhaltet die Diskussion von Stadtplanung und Stadtentwicklung, den Entwurf gesellschaftlicher Utopien. „Recht auf Stadt“ wendet sich gegen Gentrifizierung, die Vertreibung einkommensschwacher Bevölkerung durch Stadtteilsanierung, Mieterhöhung und die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen.

Privatisierung kommunaler Aufgaben

„Recht auf Stadt“ wendet sich gegen den Ausverkauf existenzieller kommunaler Funktionen. So hat die Stadt Dresden 2006 den kommunalen Wohnungsbestand an einen internationalen Finanzinvestor verkauft. Die Stadt Nürnberg beteiligte sich an Cross-border-leasing Geschäften auf Kosten der US-Steuerzahler. 1998 verleaste die städtische Tochtergesellschaft VAG U-Bahnen und Straßenbahnen im „Volumen eines dreistelligen Millionen Euro Bereichs“. 1999 und 2001 schloss die Stadt Nürnberg Cross-border-leasing Verträge über die Kläranlage und das Abwasserkanalnetz ab. Die Vertragsbestimmungen werden geheim gehalten. Öffentlich wurde, ein großer Teil des Geldes war beim US-Rückversicherer AIG deponiert. AIG war einer der Hauptakteure der ‚Finanzkrise‘ und stand 2008 kurz vor der Pleite. 2010 gelang es der Stadt ihre Cross-border-leasing Verträge vorzeitig ohne Verluste zu beenden. Der Vertrag der VAG hat noch eine Laufzeit bis 2020.

In Berlin bildete sich eine Bürgerinitiative gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung. Der Berliner Senat hatte die Hälfte der Wasserversorgung an RWE, Vivendi und den Allianz-Konzern verkauft. Der ‚Berliner Wassertisch‘ erzwang mit einem erfolgreichen Volksbegehren am 13. Februar 2011 die Offenlegung der Verträge.

Beton-Gold

Durch die Finanzkrise ist das Vertrauen wohlhabender Anleger in Aktien, Wertpapiere und Finanzfonds erschüttert. Seit 2008 wird Kapital aus dem Finanzsektor abgezogen und in Gebäude und Grund angelegt. 2011 wechselten in Nürnberg für 1,6 Milliarden Euro Grundstücke und Häuser den Besitzer - ein Boom wie zu Anfang der neunziger Jahre. In erster Linie entstehen Eigentumswohnungen. Großanleger investieren in Büro- und Gewerbekomplexe. Die Folgen sind für alle spürbar: ein Anstieg der Wohnungsmieten, Verknappung günstiger Mietwohnungen und ein Überangebot an Büroflächen. Ende 2012 standen in Nürnberg 237.900 qm an Büroflächen ungenutzt leer.

Sozialwohnungsbau

Die Wohnungsmieten sind in Nürnberg in den letzten vier Jahren überdurchschnittlich gestiegen. In Erlangen sind die Mieten noch um rund 20 Prozent höher wie in Nürnberg. Von insgesamt 271.531 Wohnungen 2011 in Nürnberg waren nur 18.814 (6,9 %) Sozialwohnungen. 1980 gab es noch 65.568 Sozialwohnungen in der Stadt. Viele sozial gebundene Mietwohnungen sind in den letzten Jahren aus der Preisbindung gefallen. Im Jahre 2011 wurden nur 92 neue Sozialwohnungen fertiggestellt. (Quelle: Stadt Nürnberg). Das ist ein Tiefpunkt beim Bau von Sozialwohnungen.

demokratische Gestaltung von Stadtplanung und Stadtentwicklung

'Recht auf Stadt,' fordert transparente Planungsprozesse und die frühzeitig Beteiligung der Menschen bei Stadtentwicklung und Bauprojekten. Oft werden nur 'handverlesene' Architekturbüros einbezogen. Zu den Ergebnissen der Ausschreibung können sich dann die Bürger äußern. Trotz Proteste wurden bei der Neugestaltung des Aufseßplatzes die Bäume und Büsche gefällt und stattdessen eine überwiegend kahle Betonfläche angelegt. Auch bei der geplanten Neugestaltung des Hauptmarktes ist kein Grün vorgesehen. Bei privaten Bauprojekten haben Bürger - außer die direkten Nachbarn - keine Mitsprachemöglichkeit. Einzig über öffentlichen Druck auf Investor, Politik und Verwaltung kann Einfluss ausgeübt werden. Die Stadt Nürnberg beschreitet neue Wege bei der Information und Einbindung der Bürger. Ein Gegensatz kann entstehen zwischen jahrelangen Diskussionsprozessen und schneller Entscheidungsfindung um Zuschüsse nicht zu verlieren.

Mut zu Zwischennutzungen

Das ehemalige Arbeitsamt in exponierter Lage am Altstadtring steht seit 1992 leer. 2003 wurde die Paketposthalle in der Bahnhofstraße voreilig abgerissen um Platz für ein Sportkaufhaus zu schaffen. Viele Bürger und Architekten sahen in dem markanten Bau aus den dreißiger Jahren ein erhaltenswertes Denkmal. Nach dem Abriss sprang der Investor ab und seitdem erstreckt sich eine ungenutzte Brache. Oft steht der Denkmalschutz auf verlorenem Posten wenn es um kommerzielle Interessen geht. So wurde das denkmalgeschützte Milchhofgebäude (1930 errichtet, Architekt Otto Schweizer) 2008 abgerissen. 'Recht auf Stadt' tritt für Freiräume in Gebäuden und im öffentlichen Raum ein. Fußgängerzonen und Plätze sollen nicht nur Tore zu den Tempeln des Konsums sein, sondern Orte der Begegnung und Kommunikation, Kultur und Kreativität. Erobern wir uns den öffentlichen Raum zurück.



Veranstalter:

Medienladen e.V. Königstraße 93, Nürnberg
in Kooperation mit Petra-Kelly Stiftung e.V.

Internet Links:

www.rechtaufstadt.net
www.das-gaengeviertel.info
www.leerstandsmelder.de
www.medienladen-ev.de